

Parolen Abstimmung vom 28. November 2021

Eidgenössische Vorlagen

- 1. Volksinitiative „Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)“** **NEIN**

Die Pflege ist ein wichtiger Pfeiler unserer medizinischen Versorgung. Die Initiative verlangt unter anderem, dass der Bund die Arbeitsbedingungen für die Pflegefachleute regelt und über Arbeitszeiten und Löhne Vorschriften erlässt. Damit würde der Bund in die Zuständigkeiten der Kantone, Betriebe und Sozialpartner eingreifen, die dies heute gemeinsam regeln. Im Initiativtext wird aber die ebenfalls wichtige Berufsgattung der Fachangestellten Gesundheit (FaGe) nicht erwähnt. Die FDP.Die Liberalen lehnen die Initiative ab, weil sie nicht zielführend ist und es zudem Jahre bis zur Umsetzung dauern würde. Sie unterstützen damit den Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament, der bei einer Ablehnung der Initiative sofort in Kraft tritt und auch unverzüglich umgesetzt werden kann. Dieser will den steigenden Personalbedarf in der Pflege gezielt angehen und die Aus- und Weiterbildung von Pflegefachpersonen während acht Jahren mit bis zu einer Milliarde Franken fördern.
- 2. Volksinitiative „Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justiz-Initiative)“** **NEIN**

Die Initiative möchte, dass Bundesrichter zukünftig durch ein Losverfahren und nicht mehr durch das Parlament bestimmt werden. Eine unabhängige Fachkommission soll darüber entscheiden, wer zum Losverfahren zugelassen wird. Die FDP.Die Liberalen lehnen diese unsinnige Initiative ab. Das demokratische Wahlverfahren durch das Parlament hat sich bewährt, es gewährleistet eine ausgewogene Vertretung der Richter über Wertehaltungen, Parteien und Regionen hinweg. Eine Richterwahl per Los widerspricht unserem demokratischen Rechtssystem, in keinem einzigen Kanton wird so gewählt.
- 3. Änderung vom 19. März 2021 des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19- Pandemie (Covid-19-Gesetz)** **JA**

Gegen die Gesetzesänderung wurde das Referendum ergriffen. Mit der Änderung des Covid-19-Gesetzes im März 2021 hat das Parlament Finanzhilfen für Betroffene ausgeweitet und die gesetzliche Grundlage für das Covid-19-Zertifikat geschaffen. Die FDP.Die Liberalen unterstützen das Covid-19-Gesetz, denn es schliesst wichtige Unterstützungslücken und schützt Menschen und Unternehmen vor gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Das Covid-19-Zertifikat ermöglicht eine Rückkehr in die Normalität, indem Menschen und ihre Angehörige besser geschützt werden, Veranstaltungen wieder durchgeführt werden können und Auslandsreisen vereinfacht werden.

Ihre FDP Bergdietikon – Die Wirtschaft sind wir alle. Werden Sie Mitglied!